

# Politik auf den Punkt gebracht

Ausgabe 2016/19  
31.12.2016



## Jahres- rückblick 2016

**Hermann Färber**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

heute endet das Jahr 2016 – Grund zurück zu blicken und die vergangenen 12 Monate Revue passieren zu lassen. Hier deshalb mein diesjähriger Jahres-Rückblick von Politik auf den Punkt gebracht.

### **1. Landtagswahlkampf**

Zum Auftakt des Landtagswahlkampfes im Landkreis Göppingen konnten wir im Januar den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder MdB im Stauferpark begrüßen. Zunächst als Gast des Wirtschaftsrats und anschließend bei einer öffentlichen Veranstaltung des CDU-Kreisverbands hielt Kauder eine engagierte Rede über landes- wie bundespolitische Themen. Vor rund 220 Interessierten bei der Firma Lambert stellte Kauder klar, dass Schule für Kinder da sei und nicht für grün-rote Experimente. Zugleich wies er auf die bisher bewährte Durchlässigkeit im Bildungssystem hin, die durch die Gemeinschaftsschulen ausgehebelt werde. Er mahnte die Herausforderungen der Zukunft anzunehmen und sich insbesondere für schnelles Internet einzusetzen, da dies die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Industrie 4.0 darstelle.

## **2. Asylpaket II**

Im Februar konnten wir uns endlich mit der SPD auf den dringend notwendigen Abschluss des Asylpakets II einigen. Damit wurden weitere Gesetzesänderungen, um den Flüchtlingszustrom besser zu steuern und zu bewältigen. Die wichtigsten Punkte sind:

Die Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsländer um Marokko, Algerien und Tunesien. Flüchtlinge aus diesen Ländern hatten schon in den letzten Jahren sehr niedrige Anerkennungsquoten, deshalb ist dies ein wichtiger und richtiger Schritt. Mit diesem Mittel haben wir den Zuzug aus den Westbalkanländern bereits um mehr als 90% verringert. Ich sehe gute Chancen, dass uns dies bei den Maghreb-Staaten auch gelingen wird. Damit erhalten wir die Kapazitäten für die wirklich Schutzbedürftigen.

Die Aussetzung des Familiennachzugs für die subsidiär Schutzberechtigten für zwei Jahre. Auch mit dieser Maßnahme passten wir die Rechtslage unseren Möglichkeiten an und gleichen unsere Rechtsstandards an die anderer europäischer Länder an, um Anreize abzubauen.

Mit der Union alleine hätten wir diese Beschlüsse bereits im letzten Jahr gefasst. Dies als Hinweis für alle, die sich fragen, welcher Unterschied denn eigentlich zwischen den Parteien ist. Für mich ist der Unterschied sehr deutlich: SPD und Grüne verschließen sich bis heute allen realistischen Vorschlägen, den Flüchtlingsstrom einzudämmen. Die Union ist die Partei, die immer wieder diese Vorschläge macht und konkrete Lösungen und Verbesserungen vorantreibt.

## **3. Landtagswahl**

Die Landtagswahl verlief für uns als Union ohne Zweifel enttäuschend. Mit landesweit 27 Prozent gingen wir als zweitgrößte Kraft aus der Wahl hervor. Zwar konnte Nicole Razavi im Wahlkreis Geislingen ihr Direktmandat verteidigen, leider verloren wir jedoch das Göppinger Mandat. Doch auch wenn uns dieses Ergebnis nicht gefällt, so akzeptieren wir es als gute Demokraten. Außerdem haben wir in der ersten grün-schwarzen Koalition auf Landesebene die Chance uns nach fünf Jahren Opposition an der Regierungsarbeit zu beteiligen.

## **4. Panama Papiere**

Die Veröffentlichung der Panama-Papiere hat erneut deutlich gezeigt wie wichtig der Kampf von Finanzminister Schäuble gegen internationale Steuerhinterziehung ist. Der Bundestag hat sich mit dem Thema in einer aktuellen Stunde befasst.

Denn neu sind diese Probleme nicht. Vor allem ist die Verweigerungshaltung vieler Staaten wie Panama kein Verschulden der Bundesregierung. Der Bundesfinanzminister hat bereits in der vergangenen und laufenden Legislaturperiode 44 Gesetze gegen den steuerlichen Missbrauch auf den Weg gebracht. Zudem hat Wolfgang Schäuble verschiedene internationale Initiativen aktiv vorangetrieben, die teilweise noch in der Umsetzung sind.

Um Steuerhinterziehung effektiver aufdecken zu können ist 2014 auf der Berliner Steuerkonferenz der automatische Informationsaustausch vereinbart worden. Mittlerweile haben rund 100 Staaten das entsprechende Abkommen gezeichnet – und es sollen noch mehr werden. Deutschland hat längst die innerstaatlichen Voraussetzungen dafür geschaffen. Ebenfalls noch für 2016 ist die Umsetzung der Vierten Geldwäscherichtlinie in Deutschland geplant. Unter anderem werden wir ein Transparenzregister schaffen wonach Unternehmen angemessene, richtige und aktuelle Informationen über die hinter ihnen stehenden wirtschaftlich Berechtigten dem Register melden müssen. Deutschland wird nicht nachlassen in seinem Ziel, Steuerhinterziehung aufzudecken und Steueroasen umfassend auszutrocknen.

## **5. Glyphosat**

Die Grüne-Bundestagsfraktion hat vermeldet, ein von ihr beauftragtes Labor habe Rückstände des Pflanzenschutzmittels Glyphosat in Muttermilch gefunden. Im Mai konnte endgültig Entwarnung gegeben werden: Das für gesundheitlichen Verbraucherschutz zuständige Bundesinstitut für Risikobewertung hat die gleiche Untersuchung noch einmal mit wissenschaftlich zertifizierten Testmethoden wiederholt und sie haben keinerlei Rückstände gefunden. Das war auch so zu erwarten, denn das Mittel ist nicht fettlöslich, deshalb war ein Übergang in die Muttermilch extrem unwahrscheinlich, und die Ergebnisse der Grünen haben Fachleute deshalb sofort in Zweifel gezogen.

## **6. Integrationsgesetz**

In erster Lesung haben wir im Juni das Integrationsgesetz beraten. Unter dem Prinzip „Fördern und Fordern“ werden zahlreiche Maßnahmen zur besseren Integration von Flüchtlingen auf den Weg gebracht. Es gibt Integrations- und Sprachkurse, besserer Zugang zum Arbeitsmarkt und erleichterter Zugang zu Berufsausbildungen. Im Gegenzug werden die Flüchtlinge auch zur Nutzung dieser Angebote verpflichtet. Aufenthaltsstatus und Geldleistungen werden an den Integrationsfortschritt gekoppelt. Durch die Möglichkeit, anerkannte Flüchtlinge auf bestimmte Wohnorte zu verteilen, wird eine Überforderung von Ballungsgebieten und die Bildung von Ghetto-Strukturen verhindert.

Wichtig ist mir, dass diese Integrationsmaßnahmen nicht bedeuten, dass alle Flüchtlinge dauerhaft bei uns bleiben können. Wenn die Fluchtursache im Herkunftsland nicht mehr besteht, erlischt in der Regel auch das Aufenthaltsrecht in Deutschland. So sind nach den Kriegen in Jugoslawien ja auch der größte Teil der Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Die gleiche Rechtslage gilt auch für Flüchtlinge heute. Aber trotzdem haben wir ein Interesse daran, Menschen die eventuell noch jahrelang bei uns sind, so zu integrieren, dass sie selber für ihren Lebensunterhalt aufkommen können. Das, was sie hier lernen, können sie auch nach ihrer Rückkehr sinnvoll anwenden.

Insgesamt gehen wir mit dem Integrationsgesetz nun die langfristigen Aufgaben der Flüchtlingskrise an. Die kurzfristige Nothilfe hat alles in allem, trotz aller Probleme gut funktioniert. Die Zahlen der zu uns kommenden Menschen sind deutlich zurückgegangen.

## **7. Brexit**

Die mehrheitliche Entscheidung der Briten, aus der EU auszutreten, hat uns im Juli beschäftigt. Ich respektiere das Ergebnis einer solchen demokratischen Abstimmung. Ich bin aber wirklich erschüttert, wie katastrophal schlecht dieses Votum der Bürger sowohl von der britischen Regierung wie auch von den Brexit-Befürwortern vorbereitet worden ist. Bereits am Tag nach der Abstimmung wurden wesentliche Versprechungen der Brexit-Kampagne zurückgenommen und Ex-Premierminister Cameron lässt nun andere den von ihm verursachten Scherbenhaufen aufkehren.

Deutschland verliert mit Großbritannien in der EU einen wichtigen Partner, etwa bei der Förderung des Freihandels und des Wettbewerbs. Die Verhandlungen zwischen EU und Großbritannien werden nicht einfach. Ich sehe keine Möglichkeit und auch keinen Grund, den Briten bessere Bedingungen zu geben als etwa der Schweiz oder Norwegen. Wer die Vorteile einer Gemeinschaft in Anspruch nehmen will, muss auch einen angemessenen Beitrag dazu leisten.

## **8. Straßenfeste**

In den Sommermonaten war ich viel auf Straßenfesten im ganzen Landkreis unterwegs. Von Salach, über Roßwälden, Geislingen, Donzdorf, Eschenbach, Birenbach, Wiesensteig, Reichenbach und Heiningen war ich – um nur einige zu nennen – vielerorts unterwegs, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Die Feste sind nicht nur ein wichtiger Bestandteil der Dorfgemeinschaft, sondern bieten auch die Gelegenheit ungezwungen miteinander ins Gespräch zu kommen und Leute zu treffen, die ihren Wohnort nicht mehr in der Gemeinde haben, aber die Kontakte in die Gemeinden trotzdem aufrecht erhalten wollen. Ich finde es bemerkenswert, wie viel ehrenamtliches Engagement hinter diesen Festen steht. Neben der Planung und Organisation müssen Arbeitsdienste übernommen werden, Musikkapellen spielen und fleißige Helfer räumen auf – all das ist mit großem zeitlichem Aufwand, aber auch mit Freude über ein gelungenes Fest verbunden. Dieser tolle Einsatz macht unseren Landkreis aus – vielen Dank allen Beteiligten dafür!

## **9. Flexi-Rente**

Immer mehr Menschen wollen auch nach Erreichen des Renteneintrittsalters noch arbeiten, weil sie sich fit genug dazu fühlen und sie weiter eine sinnvolle Tätigkeit ausüben wollen. Das wollen wir unterstützen. Mit der Flexi-Rente erreichen wir gleich mehrere wichtige Ziele: Wir ermöglichen und belohnen längeres Arbeiten und der Übergang von Arbeit zum Ruhestand lässt sich fließender und individueller gestalten. Wer neben der Rente arbeitet, kann zukünftig auch seine späteren Rentenansprüche weiter aufbessern. Damit senken wir auch die Gefahr von Altersarmut.

Wir wollen außerdem Frühverrentung vermeiden und die Anreize zum frühen "Job-Ausstieg" minimieren. Hinzuverdienstgrenzen bei vorgezogenen Altersrenten bleiben deshalb bestehen, das Hinzuverdienstrecht wird aber wesentlich vereinfacht. Durch ein präventives Reha-Konzept wollen wir außerdem die Zahl derjenigen, die frühzeitig in Rente gehen müssen, dauerhaft verringern.

Jedes Mitglied der gesetzlichen Rentenversicherung wird in Zukunft gezielt darüber

informiert werden, welche Gestaltungsmöglichkeiten es für den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand gibt und wie sich das Vorziehen oder Hinausschieben des Rentenbeginns auf die finanziellen Leistungen auswirkt.

## **10. Länderfinanzausgleich**

Nach über zweijährigen Verhandlungen ist es im Oktober gelungen, uns zwischen Bund und Länder auf eine sinnvolle Weiterentwicklung der föderalen Finanzbeziehungen zu verständigen. Frühzeitig haben wir finanzielle Planungssicherheit für die Jahre ab 2020 bis mindestens 2030 geschaffen. Jede Seite ist Kompromisse eingegangen und hat damit staatspolitische Verantwortung übernommen.

Der Ausgleich der Finanzkraft der Länder erfolgt zukünftig im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer statt durch den bisherigen Finanzausgleich unter den Ländern. Die zusätzliche Beteiligung des Bundes im Jahr 2020 wird rund 9,5 Milliarden Euro betragen. Der Bund wird damit seiner gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht.

Auf besonderen Nachdruck unserer Fraktion verbessern wir die Kontrolle von Mischfinanzierungstatbeständen. Der Bundesrechnungshof erhält dazu zusätzliche Erhebungsrechte. So schaffen wir Transparenz über die zweckgerichtete Verwendung der Bundesmittel und verhindern, dass Bundesgeld unkontrolliert in allgemeinen Landeshaushalten verschwindet. Überdies helfen wir den finanzschwachen Kommunen unmittelbar, indem der Bund Mitfinanzierungskompetenzen im Bereich der gemeindlichen Bildungs-Infrastruktur erhält; die Verteilung der Bundesmittel orientiert sich am bisherigen Bundesprogramm.

Das Bundesfinanzministerium hat auf Basis der Steuerschätzung Mai 2016 für 2019 überschlägig errechnet, welche Auswirkungen dies für die einzelnen Bundesländer hat: Danach wird Baden-Württemberg um etwa 961 Mio € pro Jahr entlastet.

## **11. Bundesverkehrswegeplan**

Der Bundestag hat mit dem Beschluss der Ausbaugesetze für Straßen, Schiene und Wasserstraßen dem Bundesverkehrswegeplan Rechtskraft verliehen. Die guten Ergebnisse für unseren Landkreis Göppingen sind bekannt: A 8-Albaufstieg und B 10 Süßen/Ost bis Gingen/Ost sind fest disponiert, die B 10 Gingen/Ost bis Geislingen/Ost und die Ortsumgehung Böhmenkirch im vordringlichen Bedarf und die B 10 Geislingen/Mitte bis Geislingen/Ost im weiteren Bedarf mit Planungsrecht.

Der Abschnitt Geislingen/Mitte bis Geislingen/Ost hat durch die Beratungen im Bundestag das Planungsrecht wieder erhalten. Zwar war letzteres bereits im Entwurf 2003 vorgesehen, doch da sich jemand mit dem Hinweis an das Ministerium wandte, dass angeblich nicht alle Trassenvarianten geprüft worden seien und eine Trassenführung ohne Tunnel möglich sei, war das Planungsrecht im Entwurf für den neuen Bundesverkehrswegeplan nicht vorgesehen. Ich konnte zum Glück durch Gespräche im Bundesverkehrsministerium erreichen, dass die Maßnahme wieder in den weiteren Bedarf mit Planungsrecht eingestuft wurde.

Es haben sich viele Menschen die Frage gestellt, ob hier nicht noch mehr drin gewesen wäre, nämlich die Einstufung im vordringlichen Bedarf. Mit der Union wäre das zu machen gewesen. Tatsache ist aber, dass die SPD bei den Beratungen im Verkehrsausschuss von Beginn an darauf gedrungen hat, im vordringlichen Bedarf die Verteilung der Finanzmittel zwischen Straße, Schiene und Wasserstraße nicht zu verändern.

Für jede Höherpriorisierung hätte damit ein anderes Projekt heruntergestuft werden müssen. Das hat letztlich dazu geführt, dass bundesweit kein einziges Projekt gegenüber dem Regierungsentwurf mehr als eine Stufe höhergestellt wurde, auch Geislingen/Mitte bis Geislingen/Ost nicht. Der Widerstand der Grünen war noch fundamentalistischer: Auf Kreisebene den Bau einer Straße fordern, aber sich nicht dagegen wehren, wenn die Grünen in der entscheidenden Bundestagsdebatte diesen Bundesverkehrswegeplan als, ich zitiere wörtlich, „Betonwahn“ bezeichnen, ist schlicht unglaublich. Die Union war die einzige Partei, die sich auf allen Ebenen - Kommunen, Land und Bund – durchgehend für eine Höherpriorisierung und der damit verbundenen höheren Finanzmittel für Straßenbau eingesetzt haben. So sieht glaubwürdige Politik aus.

Wichtig ist jetzt schnelle Planung auf Landesebene: Derzeit stellt der Bund so viel Geld zur Verfügung, dass zum ersten Mal seit Jahrzehnten, nicht mehr die Gelder der Engpass sind, sondern die Planungskapazitäten. Das ist das nächste Aufgabengebiet, das wir uns vornehmen müssen. Positiv ist zu werten, dass das Planungsrecht die Möglichkeit eingeräumt, dass gebaut werden kann, so bald Baureife vorliegt und Geld zur Verfügung steht. Denn in der gesamten Bundesrepublik ist jedes Projekt finanziert, das baureif ist.

## **12. CDU-Bundesparteitag**

In den Medien spielte der Beschluss zum Doppelpass die Hauptrolle. Was sonst noch alles behandelt wurde, finden Sie hier: <https://www.cdu.de/artikel/ausgewaehlte-beschluesse-des-parteitages>

Ich habe dem Antrag zum Ende des Doppelpasses zugestimmt, weil ich es für wichtig halte, dass die CDU sich klar politisch positioniert. Dass wir diesen Beschluss in der derzeitigen Koalition mit der SPD nicht umsetzen können, ist klar. Was Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl ergeben, werden wir sehen. Für mich gilt aber: Ein Parteitag der CDU dient allein unserer Positionsbestimmung und ist eben kein Koalitionsparteitag. Das handhaben andere Parteien auch nicht anders, deshalb ist die Kritik an der Union dazu völlig verfehlt.

Gerne können Sie meinen Newsletter an Interessierte weiterleiten oder sich [hier](#) für den weiteren Bezug an- bzw. abmelden.

An dieser Stelle möchte ich mich herzlich für Ihr Interesse bedanken! Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen guten Start in ein gesundes neues Jahr. Auf dass 2017 mehr positive Entwicklungen im weltpolitischen Geschehen bringt.

Beste Grüße

**Hermann Färber MdB**



**Hermann Färber**

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kreis Göppingen

Heidenheimer Straße 68 | 73079 Sülßen | 07162 3057057 | [hermann.farber@bundestag.de](mailto:hermann.farber@bundestag.de)